

Außenwirtschaft

19 Außenhandel und Direktinvestitionen im 1. Halbjahr 2003

Chinas schnell wachsender Außenhandel könnte schon 2003 das Volumen von knapp 700 Mrd. US\$ erreichen, dass der 10. Fünfjahresplan als Ziel für das Jahr 2005 vorgegeben hat. Bei den ausländischen Direktinvestitionen, die in den ersten Monaten des Jahres stark angestiegen waren, meldet die Volksrepublik jedoch eine Stagnation im Monat Juni infolge der SARS-Epidemie.

Tabelle: Ausländische Direktinvestitionen, 1. Halbjahr 2003, in Mrd. US\$

	Vereinbarte Investitionen	Veränderung in %	Realisierte Investitionen	Veränderung in %
Insgesamt	51,0	40,3	30,3	34,3
Equity Joint Ventures	11,1	33,4	8,3	29,3
Contractual Joint Ventures	3,1	8,0	2,2	4,4
Wholly Foreign Owned Enterprises	36,8	48,1	19,6	42,6

Quelle: Ministry of Commerce, nach NfA, 25.7.03. Abweichungen durch Rundung.

Nach Angaben der Zollbehörden erhöhte sich der Gesamtwert von Ausfuhren und Einfuhren in der ersten Jahreshälfte um 39% auf 376,14 Mrd. US\$. Die Importe von 185,82 Mrd. US\$ wuchsen mit 44,5% deutlich schneller als die Exporte, die um 34% auf 190,32 Mrd. US\$ stiegen. Daraus ergibt sich ein Außenhandelsüberschuss von 4,5 Mrd. US\$. Wenn das schnellere Wachstum der Einfuhren anhält, könnte dieser Trend zu dem Außenhandelsdefizit führen, dass der 10. Fünfjahresplan für 2005 erwartet. Noch im vergangenen Jahr hatte sich der Überschuss in Chinas Außenhandelsbilanz von 22,6 Mrd. US\$ im Jahr 2001 deutlich auf 30,4 Mrd. US\$ vergrößert. Nun machen sich offenbar die sinkenden Einfuhrzölle infolge von Chinas WTO-Beitritt bemerkbar.

Noch keinen negativen Effekt auf die Ausfuhren hatte die atypische Lun-

generkrankung SARS. Im Juni, also deutlich nach Ausbruch und bekannt werden der Krankheit, stiegen die Exporte um 36,1% auf 34,48 Mrd. US\$. Bei den Einfuhren verzeichnete der Zoll im selben Monat ein Plus von 40,1% auf 32,22 Mrd. US\$.

Unverändert blieb die Rangliste der drei größten Handelspartner. An der Spitze steht Japan, mit einem bilateralen Handelsvolumen von 60,91 Mrd. US\$ und einem Zuwachs von 36,1%. Der Handel mit den an zweiter Stelle folgenden USA legte um 34,4% auf 56,4 Mrd. US\$ zu. Das stärkste Wachstum im Spitzentrio verzeichnete die Europäische Union. Bei einem Gesamtwert von 55,51 Mrd. US\$ steigerte sich der bilaterale Handel um 44,2%. (AWSJ, 9.7.03; XNA, 11.7.03)

diglich um 2,5%. „Wir sehen bereits die Auswirkungen von SARS“, sagte Huang Yiping. Der Chefökonom China bei der Citigroup in Hongkong erwartet, dass auch im Juli und August 2003 ein solch moderates Wachstum der ADI zu verzeichnen sein wird. Dass die Aufregung um die Lungenkrankheit Folgen für die Juni-Zahlen hatte, sagt auch Huangs Hongkonger Kollege Tai Hui von der Bank Standard Chartered. Doch seien ausländische Investoren nach wie vor sehr positiv gegenüber China eingestellt. Der SARS-Effekt könnte sich als kurzlebig erweisen, was auch die positive Entwicklung der vertraglich zugesicherten Auslandsinvestitionen nahe legt. Bei den vereinbarten ADI gab es im Juni einen Anstieg von 35% auf 12,7 Mrd. US\$. Für die erste Jahreshälfte ergibt sich ein Plus von 40,3% auf 51 Mrd. US\$.

ELEKTRONIK UND TELEKOMMUNIKATION AUF DEM VORMARSCH

Mehr als zwei Drittel der vertraglich vereinbarten Investitionen fließen in die verarbeitende Industrie (71,6%), größte Posten innerhalb dieser Rubrik sind Elektronik und Telekommunikation. Weitere 8,7% der zugesicherten Investitionen soll der Immobiliensektor aufnehmen, während 6% vom Handelsministerium unter der Rubrik „Sonstige Dienstleistungen“ geführt werden. Hierzu gehören Tourismus und Gastgewerbe. Wenig überrascht, dass die Landwirtschaft mit einem Anteil von nur 2% von ausländischen Investoren auch künftig eher stiefmütterlich behandelt wird.

Weniger eindeutig ist die Entwicklung beim Maschinenbau, einer traditionell in Deutschland sehr starken Branche. Während das Volumen der zugesagten Investitionen im Spezialmaschinenbau um 16,4% auf 1,8 Mrd. US\$ anstieg, war die Entwicklung im allgemeinen Maschinenbau rückläufig (minus 7,6% auf 2,1 Mrd. US\$). (NfA, 10., 25., 28.7.03; SCMP, 17.7.03; ST, 15.7.03) -bö-

20 Druck auf Chinas Währung nach Äußerungen Greenspans

Weiter an Schärfe zugenommen hat die seit Wochen anhaltende Debatte über die Anbindung der chinesi-

schen Währung an den US-Dollar. Äußerungen von US-Notenbankchef Alan Greenspan und US-Finanzminister John Snow erhöhten den Druck auf Chinas Führung, den Kurs des nach Meinung einiger Beobachter unterbewerteten Renminbi anzupassen. Andere Stimmen verwiesen auf mögliche negative Folgen eines solchen Schrittes für die US-Wirtschaft. Außerdem drohen Nebenwirkungen des Währungsregimes für die chinesische Wirtschaft selbst zu einer Belastung zu werden.

Appelle für eine Aufwertung des chinesischen Yuan kamen von den drei größten Handelspartnern, Anfang Juli zunächst vom japanischen Finanzminister Masajuro Shiokawa am Rande eines ASEM-Treffens in Bali. Überraschender als die in der Vergangenheit wiederholt vorgetragene japanische Kritik waren ähnlich lautende Äußerungen des obersten US-Notenbankers Alan Greenspan am 16. Juli vor einem Komitee des US-Kongresses. Der Fed-Chef sagte, die chinesische Regierung werde ihre Marktinterventionen zur Stützung des Renminbi nicht unbegrenzt aufrechterhalten können, weil dies Instabilitäten im Finanzsystem erzeuge. Auch US-Finanzminister John Snow sprach Mitte Juli von einer Unterbewertung des Renminbi gegenüber dem US-Dollar. Allerdings forderten weder Snow noch Greenspan eine sofortige Neubewertung des chinesischen Yuan. Unterdessen bekräftigte Chinas Handelsminister Lu Fuyuan am 24. Juli die bereits im März von Premierminister Wen Jiabao geäußerte Absicht der Führung in Beijing, nicht von der seit 1994 bestehenden Dollarbindung abzuweichen. (AWSJ, 17., 18., 21., 24., 30.7.03; BBC EF, 7.7.03; FT, 17., 18., 22., 24., 26., 28.7.03; NZZ, 31.7.03)

WARUM CHINAS WÄHRUNGSRESERVEN DRAMATISCH STEIGEN

Obwohl kurzfristig also keine Änderung des Yuan-Dollar-Wechselkurses zu erwarten ist, sind Anzeichen für die von Greenspan angedeuteten Instabilitäten unschwer zu erkennen. Chinas Währungsreserven wuchsen im ersten Halbjahr 2003 um 60,1 Mrd. US\$, also doppelt so stark wie im Vorjahreszeitraum (30,6 Mrd. US\$). Die gesamten Devisenreserven beliefen sich Ende Juni auf 346,5 Mrd. US\$. Die Gründe hierfür sind der Zustrom an ausländi-

chen Investitionen sowie der Handelsbilanzüberschuss. Die ins Land fließenden Devisen werden von China in Yuan aufgekauft, um den Kurs des Renminbi zum Dollar bei 8,28 Yuan zu halten. Dadurch kommt es zum raschen Anstieg der Währungsreserven.

Unter gewöhnlichen Umständen würden diese Markteingriffe zu steigenden Preisen führen. Doch China ist derzeit nahe an einer Deflation, und das Wachstum der Geldmenge über den Währungsmechanismus führt stattdessen zu einer dramatischen Ausweitung der Kreditvergabe und erzeugt Überinvestitionen in einigen Sektoren der Realwirtschaft. Um dieses Problem zu kontrollieren, versuchen die chinesischen Behörden, die überschüssige Liquidität in geordnete Bahnen zu lenken. Sie nehmen Geld aus dem Umlauf, indem sie Zentralbanknoten und Staatsanleihen begeben. Ein weiteres Mittel sind so genannte Offenmarkt-Geschäfte.

Nun gerät dieses Modell an seine Grenzen. Das rasante Wachstum von Auslandsinvestitionen und Exporten erschwert es der chinesischen Regierung, wie bisher 80% der bei Währungsgeschäften aufgewandten Yuan auf die beschriebene Weise zu „sterilisieren“. In den vergangenen Monaten wuchs die Geldmenge M2 mit 20,8% deutlich schneller als vorgesehen.

Doch die vielfach geforderte Ausweitung des Währungskorridors, in dem sich der Renminbi bewegt, ist nicht der einzig gangbare Weg. Alternativ könnte China Druck von seiner Währung nehmen, indem es größere Warenimporte ermutigt, etwa durch die zügigere Umsetzung von WTO-Vorschriften. Außerdem könnten Pläne umgesetzt werden, die es chinesischen Sparern über Fondsgesellschaften erlauben, ihr Geld im Ausland anzulegen. Ein solcher Plan ist das so genannte „Qualified Domestic Institution Investor“-Modell, für dessen Ausarbeitung die Verwaltung allerdings noch einige Zeit zu benötigen scheint. Durch ein solches moderates Vorgehen hätte Chinas Zentralbank einen weiteren Vorteil. Sie könnte Informationen darüber erhalten, wie groß die aufgestaute einheimische Nachfrage nach US-Dollars tatsächlich ist. Denn wegen der Kapitalkontrollen kann derzeit niemand sagen, welchen Teil ihrer

beträchtlichen Ersparnisse die chinesische Bevölkerung im Ausland anlegen würde, falls sie die Möglichkeit dazu hätte. (AWSJ, 17.7.03)

US-Finanzminister John Snow zeigte sich Ende Juli jedenfalls zuversichtlich, dass China langfristig eine Lockerung der Devisenkontrollen in Angriff nehmen werde. Eine sofortige Freigabe des Renminbi könne nicht gefordert werden. (NfA, 31.7.03)

BILLIGER YUAN FINANZIERT DAS DEFIZIT DER USA

Von der Anbindung des Yuan an den Dollar und den daraus entstehenden Währungsreserven Chinas profitieren auch die Vereinigten Staaten. Denn die jährlichen Käufe von US-Staatsanleihen durch die VR China und Hongkong betragen bereits 290 Mrd. US\$, mehr als bei jedem anderen Staat. Der Ökonom Chen Zhao von der Bank Credit Analyst Research Group weist daher darauf hin, dass es der Zustrom von chinesischen Ersparnissen ist, der es US-Bürgern ermöglicht, mehr Kredite aufzunehmen und mehr zu konsumieren. Zweifelhaft ist dagegen die unter US-Kongressabgeordneten verbreitete Annahme, dass eine Aufwertung des Renminbi die Arbeitslosigkeit in den USA senken würde. (FT, 27., 28., 31.7.03)

Nicht nur in China, auch in Japan sind die Währungsreserven in jüngster Zeit aus ähnlichen Gründen stark gestiegen. Auch die Regierung in Tokyo bewahrt ihre Währung davor, gegenüber dem US-Dollar aufgewertet zu werden, um so die eigene Wirtschaft zu stützen. Zur Überraschung vieler Beobachter hat US-Finanzminister John Snow diesen Kurs im Falle Japans ausdrücklich gutgeheißen – kurz nachdem er China wegen derselben Politik kritisiert hatte. Nach Schätzungen haben Dollarkäufe der japanischen und chinesischen Regierungen im zweiten Quartal diesen Jahres etwa 45% des US-Kapitalbilanzdefizits finanziert. (AWSJ, 18.7.03) -bö-

21 US-Textilindustrie fordert Begrenzung der Einfuhren aus China

In den Vereinigten Staaten setzen sich Lobbyisten der Textilindustrie dafür ein, die Einfuhren aus China

zu begrenzen. Sie finden Gehör bei Kongressabgeordneten, einzelnen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Partei wie Joseph Lieberman und offenbar auch bei der Regierung in Washington. „Der Wind dreht sich bei unseren Beziehungen zu China“, sagte Grant Aldonas, ein hochrangiger Beamter des Handelsministeriums. Die Regierung habe „ernste Bedenken“ gegen chinesische Handelspraktiken wie Regierungssubventionen und Verletzungen des Patentrechts. Falls Beijing diese nicht abstelle, würden die USA bei der Welthandelsorganisation (WTO) klagen.

Die gesamte verarbeitende Industrie hat seit 2001 mehr als 2,4 Mio. Stellen abgebaut. Bei der Suche nach Ursachen verweisen Kongressabgeordnete und Unternehmensvertreter auf die Volksrepublik, die in den ersten fünf Monaten dieses Jahres einen Handelsüberschuss von 43 Mrd. US\$ mit den USA erzielte. „China ist jetzt der wirtschaftliche Bösewicht, der Japan in den 80er Jahren war“, sagt Nicholas Lardy vom Institute for International Economics in Washington. Doch anders als Japan damals ist die Volksrepublik nicht bestrebt, ausländische Investoren fernzuhalten. Und ein Teil der US-Einfuhren aus China stammt von multinationalen Unternehmen, von denen viele ihren Hauptsitz in den Vereinigten Staaten haben.

Besonders die Textilindustrie, und hier vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, setzt sich für Einfuhrquoten auf chinesische Produkte ein. Das American Textile Manufacturers Institute, eine Lobbygruppe, fordert so genannte Safeguard-Maßnahmen, weil ein rasanter Anstieg von Importen aus China zu Marktverzerrungen und bedeutenden Nachteilen für einheimische Anbieter geführt habe. Seit dem Eintritt Chinas in die WTO habe sich der Anteil chinesischer Fabrikate bei 29 Textilprodukten auf dem US-Markt von 9 auf 45% erhöht. Ab 2005, wenn die letzten Quoten des Multifibre Arrangement für heute noch geschützte Warengruppen wegfallen, erwartet die Lobbygruppe ein weiteres Vordringen chinesischer Produkte.

Teile der Industrie sehen hier eine Ursache für Entlassungen in der Branche. Nach Angaben des Arbeitsmi-

nisteriums haben in den vergangenen zwei Jahren 270.000 Mitarbeiter der Textil- und Bekleidungsindustrie ihre Arbeitsplätze verloren, das sind etwa ein Viertel aller Angestellten. Konkret fordern Branchenvertreter, die Aufhebung der Quoten gegenüber China bis 2008 aufzuschieben. Einer solchen Möglichkeit hatte die chinesische Seite in den WTO-Beitrittsverhandlungen zugestimmt.

Für eine andere Industrievereinigung, die National Association of Manufacturers (NMA), wäre eine Verlängerung der Geltungsdauer von Einfuhrquoten der falsche Weg, weil es den Handel behindere und Verbraucherpreise in den USA erhöhe, sagte ihr Sprecher Frank Vargo. Multinationale Konzerne betrachteten China nicht nur als Wettbewerber, sondern als Wachstumsmarkt. Diese Konzerne seien oftmals die größten Kunden der kleinen und mittleren Betriebe, die sich für Importquoten einsetzen.

Außerdem bestreiten Branchenkenner den behaupteten Zusammenhang von Arbeitsplatzabbau und den wachsenden Einfuhren aus China, so etwa David Weil von der Boston University. Ein erheblicher Teil der verschwundenen Arbeitsplätze sei nicht ausländischer Konkurrenz zum Opfer gefallen, sondern Rationalisierungsmaßnahmen in den US-Betrieben. Auch sei die US-Textilindustrie entgegen ihrer eigenen Behauptungen nicht existenziell bedroht. „Es ist eine Übertreibung zu sagen, dass sie völlig verdrängt werden wird“, sagte Weil, „aber wird das Risiko in der Branche nach 2005 steigen? Ganz sicher.“ (AWSJ, 24., 28., 29., 30.7.03; IHT, 25.7.03; NZZ, 28.7.03)

WAL-MART UND STARBUCKS VERSTÄRKEN ENGAGEMENT IN CHINA

Der weltgrößte Einzelhandelskonzern Wal-Mart Stores hat Anfang des Monats den ersten Sam's Club-Markt in Beijing eröffnet. Dabei handelt es sich um einen Großmarkt mit einem Klubsystem. Solche Geschäftsmodelle, bei denen Kunden zunächst Mitglieder werden müssen, sind in der Volksrepublik noch nicht weit verbreitet. Wal-Mart plant, fünf weitere Märkte in Beijing zu eröffnen. Den ersten Sam's Club-Markt gibt es seit 1996 in Shenzhen. (XNA, 11.7.03)

Die amerikanische Kaffeehaus-Kette Starbucks hat im Juli ihr 34. Lokal in Beijing eröffnet. Im kommenden Monat sollen zwei weitere Cafés in der 100 Kilometer entfernten Hafenstadt Tianjin eingeweiht werden. Insgesamt besitzt das Unternehmen in der Volksrepublik heute 70 Filialen. Das neue Lokal in Beijing ist das 1.000. Starbucks-Café im gesamten asiatisch-pazifischen Raum. (XNA, 16.7.03) -bö-

22 Deutsche Exporteure bauen Marktanteile in China aus

Von der starken chinesischen Nachfrage nach ausländischen Gütern konnten deutsche Hersteller überdurchschnittlich profitieren. Während die Geschäfte mit EU-Mitgliedsstaaten und den USA rückläufig waren, stiegen die Ausfuhren nach China im ersten Halbjahr 2003 um 50,3% auf einen Wert von 11 Mrd. US\$. In einzelnen Sparten legten die Lieferungen sogar noch stärker zu.

Besonders erfolgreich waren mit einem Plus von 61,2% in Deutschland hergestellte Kunststoffe (gesamtes Wachstum der chinesischen Einfuhren in diesem Segment: 23,7%). Stahl aus der Bundesrepublik lag mit 78,5% knapp über dem Trend in dieser Warengruppe. Deutsche Maschinen und Elektrotechnik konnten ihren Marktanteil auf 12,8% ausbauen, die chinesischen Einfuhren aus Deutschland erreichten 4,2 Mrd. US\$ (plus 61,8%, gesamte chinesische Einfuhren plus 44,6%). Besonders groß war die Nachfrage Chinas nach ausländischen Kraftfahrzeugen, die Einfuhren stiegen um 110,6% auf 5,5 Mrd. US\$. Davon entfielen 1,8 Mrd. US\$ auf deutsche Fabrikate, ein überdurchschnittlicher Zuwachs von 121%. Somit erhöhte sich der Anteil deutscher Hersteller am chinesischen Kfz-Markt auf 33,5%. (NfA, 31.7.03)

INFINEON ENTHÜLLT GEMEINSCHAFTSVORHABEN IN SUZHOU

Am 28. Juli kündigte der deutsche Halbleiterhersteller Infineon an, zusammen mit dem chinesischen Staatsunternehmen China-Singapore Suzhou Industrial Park Venture (CSVC) für 333 Mio. US\$ eine Fabrik für Montage und Test von Computerchips in der Provinz Jiangsu zu errichten. Das Vorhaben unterstreicht Chinas wachsende Bedeutung für das so genann-

te „Back-End“ der Chipherstellung. Dabei werden die zuvor beim „Front-End“ auf Siliziumscheiben gefertigten Chips in Gehäuse montiert und getestet.

Infineon wird einen Anteil von 72,5% an dem Joint Venture übernehmen und in den kommenden fünf Jahren 241,4 Mio. US\$ als Eigenkapital einbringen. Bis 2013 sind Gesamtinvestitionen von 1 Mrd. US\$ geplant. Diese weiteren Investitionen erfolgen abhängig von der Marktlage und in Stufen. Sie sollen durch Fremdkapital finanziert werden. Im Oktober soll mit dem Bau begonnen werden, der Start der Massenfertigung ist für 2005 geplant. Bei voller Auslastung wird das Werk in Suzhou mehr als 1.000 Mitarbeiter beschäftigen.

Die neue Fabrik bedeutet einen deutlichen Ausbau von Infineons Montage- und Testkapazitäten. Bislang betreibt das Unternehmen eine solche Anlage mit 3.800 Mitarbeitern in Portugal und ein Werk mit 900 Mitarbeitern in Malaysia. Darüber hinaus lässt Infineon 10 bis 20% seiner Chips außer Haus montieren und testen. In Suzhou sollen hauptsächlich Halbleiter aus der Produktion von regionalen Partnern verarbeitet werden. In Taiwan arbeitet Infineon mit den Unternehmen Winbond und Nanya Technology zusammen, in China produziert bereits seit einigen Wochen der Auftragshersteller Semiconductor Manufacturing International Corporation (SMIC) für den Münchner Konzern. In den nächsten fünf Jahren möchte Infineon seinen Marktanteil bei Speicherchips in China von heute 10% vervierfachen. Im gesamten Halbleitermarkt will das Unternehmen seinen Marktanteil von 4% im Jahr 2001 auf 10% steigern. Vorstandschef Ulrich Schumacher möchte in fünf Jahren 3.300 Mitarbeiter in der Volksrepublik beschäftigen. (FAZ, 26., 29.7.03; FT, 29.7.03)

TRANSRAPID ERLEIDET RÜCKSCHLÄGE AUF DER TESTSTRECKE UND IN BEIJING

Im vergangenen Monat musste das Konsortium zum Bau des Transrapids mehrere Rückschläge hinnehmen. Nach dem Aus für die Magnetschwebbahn in Nordrhein-Westfalen verdichteten sich die Zeichen, dass Beijing sich bei der Vergabe des Auf-

trags für eine neue, 1.250 Kilometer lange Schnellstrecke zwischen der chinesischen Hauptstadt und der Wirtschaftsmetropole Shanghai für konventionelle Rad-Schiene-Technik entscheiden wird.

Außerdem kommen auf ein Mitglied des Konsortiums zusätzliche Kosten zu. Während des Testbetriebs auf der Transrapid-Strecke vom Shanghaier Flughafen zur Innenstadt sei ein Problem mit der Kabelwicklung entstanden. Die Thyssen Krupp AG muss das beschädigte Material ersetzen, was zwischen 30 und 40 Mio. Euro kosten solle. Das Unternehmen teilte mit, dass es beim kommerziellen Start des Transrapids Anfang 2004 bleibe.

Der erhoffte Auftrag über 23 Mrd. US\$ für eine Transrapid-Verbindung von Shanghai nach Beijing ist unwahrscheinlicher geworden. Anfang Juli reichte das gegenüber der Magnettechnik von jeher skeptische Eisenbahnministerium sein Konzept für die Fernstrecke beim Staatsrat ein. Dort hat der Transrapid keinen starken Fürsprecher mehr, seit Zhu Rongji das Amt des Premierministers im März an Wen Jiabao übergab. Es gebe klare Signale für die Rad-Schiene-Technik, sagte Hans-Dieter Bott, Siemens-Vorstand für die Sparte Verkehrstechnik. Nach japanischen Presseberichten äußerte der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, Wu Bangguo, gegenüber einem japanischen Besucher, das deutsche Konsortium bevorzuge nun den Bau eines konventionellen Schienensystems. Japan rechnet sich Chancen für seinen Schnellzug Shinkansen aus. Verkehrsministerin Chikage Ogi sagte Mitte Juli in Tokyo, eine Vorentscheidung gegenüber dem Transrapid oder dem französischen TGV sei aber noch nicht gefallen. (BBC PF, 5.8.03; *Financial Times Deutschland*, 7.7.03; FT, 17.6.03; NfA, 16.7.03; HB, 9.7.03; SCMP, 5.8.03; XNA, 30.7.03)

MÜNCHNER RÜCK ERHÄLT ALS ERSTER AUSLÄNDISCHER RÜCKVERSICHERER EINE VOLLE LIZENZ

Die Münchner Rück hat als erstes ausländisches Unternehmen in ihrem Geschäftsfeld eine Lizenz erhalten, um Geschäfte in chinesischer Währung abzuwickeln. Der weltgrößte Rückversicherer betreibt sein Geschäft in rund 150 Ländern. Erstversicherer kaufen bei dem Unternehmen eine Deckung

für Teile der von ihnen übernommenen Risiken. In China ist das Unternehmen seit 1956 aktiv. Bisher konnte es allerdings nur auf Fremdwährungsbasis Geschäfte machen, vor allem in US-Dollar.

Allerdings wird das Instrument der Rückversicherung in China relativ wenig genutzt. „Kurzfristig wird dies keine große Sache“, sagte Analyst Chris Hitchings von der Commerzbank, „in 20 Jahren könnte China ein großes Geschäft sein.“ Gegenwärtig wird der Markt für Rückversicherungen vom Staatsunternehmen China Reinsurance beherrscht.

Die Münchner Rück machte keine Angaben dazu, mit welchem Geschäftsvolumen sie in China durch die neue Volllizenz rechnet und wird in der Volksrepublik keine eigene Gesellschaft gründen. (FAZ, 11.7.03; *Financial Times Deutschland*, 11.7.03; FT, 11.7.03; HB, 11.7.03; NfA, 14.7.03) -bö-

23 Chinesisch-japanisches Joint Venture im Stahlsektor

Der größte Stahlproduzent in der Volksrepublik China, Baoshan Iron Steel Co., hat mit dem führenden japanischen Stahlhersteller Nippon Steel ein Joint Venture gegründet. Gemeinsam soll ab Mai 2005 Stahl insbesondere zur Versorgung der Autoindustrie hergestellt werden. Beide Firmen sehen in der Kooperationsvereinbarung eine optimale Lösung zur Versorgung des bald viertgrößten Automarktes der Welt mit Stahl, indem japanische Technologie mit chinesischen Produktionskapazitäten vereint werden. Das Joint Venture gilt als ein bedeutender Schritt, wurde dieser Markt doch bisher allein von Europa und Japan beherrscht. 2002 erreichte die Automobilproduktion in China 3,47 Mio. Einheiten und damit 48% mehr als noch ein Jahr zuvor. Noch in diesem Jahr wird China voraussichtlich Frankreich als viertgrößten Automarkt der Welt hinter den USA, Japan und Deutschland ablösen.

Bereits im letzten Jahr begann Baoshan mit der Errichtung einer Stahlfabrik, die nun von beiden Unternehmen gemeinsam betrieben werden soll. In China wird es nach der Inbetriebnahme der Fabrik keine vergleichbar große

Produktionsstätte geben. Von Nippon Steel werden Investitionen von insgesamt 800 Mio. Euro in das Joint Venture erwartet. Die Baoshan Iron Steel Co. soll 50% der Anteile halten, während Nippon Steel eine Beteiligung von 35% eingeht. Über die weiteren Anteile an dem Joint Venture wird derzeit noch mit dem luxemburgischen Stahlhersteller Arcelor SA verhandelt.

Baoshan Iron Steel Co. und Nippon Steel kamen überein, Gespräche über eine umfassendere Allianz zu führen, die auch die Erschließung neuer Minen und die Entwicklung neuer Technologie umfassen soll. Dadurch könnten künftig Handelsdispute zwischen Japan und China im Stahlbereich vermieden werden, wobei Nippon Steel sich auf lange Sicht einen Platz auf dem chinesischen Stahlmarkt sichern könnte. Aus chinesischer Sicht könnte sich für die Baoshan Iron Steel Co. hingegen insbesondere der Technologietransfer als wertvollster Bestandteil der neuen Kooperation erweisen. (*Nikkei Weekly*, 28.7.03; FT, 23.7.03) -kg-

24 Japan will Shinkansen nach China liefern

Der Wettbewerb zwischen japanischen, französischen und deutschen Konsortien um lukrative und zukunftssträchtige Aufträge zum Bau eines Hochgeschwindigkeits-Bahnnetzes in der Volksrepublik China hat ihren Höhepunkt erreicht. Schon im kommenden November soll eine Entscheidung darüber fallen, wer den Zuschlag für den Bau der ca. 1.300 Kilometer langen Strecke zwischen Beijing und Shanghai bekommt. Derzeit stehen die Chancen für den japanischen Shinkansen nicht schlecht, künftig in China zu fahren, auch wenn chinesische Vorstellungen über die Rahmenbedingungen von Technologietransfers und eine latente anti-japanische Stimmung in China eine Übereinkunft noch zu nichte machen könnte.

In Tokyo ist man jedoch zuversichtlich, den Auftrag zu erhalten, da man gegenüber dem deutschen Transrapid Preisvorteile besitzt und gegenüber den deutschen bzw. französischen Hochgeschwindigkeitszügen ICE und TGV sicherheitstechnische Vorteile aufweise. Gleichmaßen gehen allerdings auch die deutschen Herstel-

ler des Transrapids davon aus, weitere Aufträge aus der Volksrepublik zu erhalten. Allerdings beläuft sich das japanische Angebot mit umgerechnet 10 Mrd. Euro auf weniger als die Hälfte dessen, was Thyssen-Krupp Technologies für den Bau der deutschen Magnet-schwebbahn erwartet.

Inzwischen hat eine chinesische Planungsagentur im Auftrag des Eisenbahnministeriums Vorgaben für den Bau von Brücken und Tunneln auf der Strecke vorgelegt. Den Plänen liegt ein traditionelles Bahnkonzept zugrunde, sodass es für den Transrapid schwierig wird, sich gegen die Mitkonkurrenten durchzusetzen. Bis Ende August sollen alle Bewerber sich zu den Plänen äußern. Mit dem Bau soll schon Ende des Jahres begonnen werden, sodass die Strecke vor den Olympischen Sommerspielen 2008 in Beijing in Betrieb genommen werden kann.

Als Vorteil für den Shinkansen könnte sich damit neben dem Preisvorteil auch die Tatsache erweisen, dass derzeit in Taiwan ein Präzedenzfall geschaffen wird. Dort baut ein japanisches Firmen-Konsortium zwischen Taibei und Gaoxiang eine Strecke für den japanischen Zug. In drei Jahren sollen dort die ersten Shinkansen auf die Gleise gehen. Mit dem Fortschritt des Projekts, das Anfang 2003 gestartet wurde, gibt es bislang dem Vernehmen nach keine Probleme. Hinzu kommt, dass der Shinkansen in Japan bereits in bergigem und erdbebengefährdetem Terrain erprobt ist. Auch die Ebene der symbolischen Politik ist nicht zu vernachlässigen, obwohl wirtschaftliche Überlegungen in China letztlich bislang immer meist dominierten. Die Wahl der chinesischen Regierung könnte, so die Hoffnung der japanischen Anbieter, auf den Shinkansen fallen, weil Beijing damit neben der Realisierung eines erheblichen Preisvorteils gleichzeitig eine imageträchtige symbolische Geste zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten verbinden könnte. (*Nihon Keizai Shinbun*, 31.7.03; FAZ, 5.7.03; *The Japan Times*, 28.6.03) -kg-

Binnenwirtschaft

25 Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 2003

Trotz der SARS-Epidemie hält das schnelle Wirtschaftswachstum in China an. Es mehren sich die Warnungen vor einer Überhitzung der Konjunktur. Denn während die Preise niedrig bleiben, erhöht sich die Kreditvergabe der Banken deutlich. Die Folge davon sind drückende Überkapazitäten bei den meisten Produkten.

Im ersten Halbjahr 2003 ist die chinesische Wirtschaft mit 8,2% gewachsen, übertraf also leicht die 8% des Vorjahreszeitraums, die zugleich Zielvorgabe der Regierung sind. Das Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte betrug 5.005,3 Mrd. Yuan (605 Mrd. US\$). Dennoch hinterließ die SARS-Epidemie ihre Spuren, wie der Quartalsvergleich zeigt. Wuchs die Wirtschaft in den ersten drei Monaten noch um 9,9%, waren es in den folgenden drei Monaten nur noch 6,7%.

Doch nicht der leichte Rückgang im zweiten Quartal macht chinesischen Ökonomen Sorgen, im Gegenteil. „Das größte Problem dieser Wirtschaft ist immer noch eine Überhitzung bei Investitionen und Exporten“, sagt Fan Gang von der Beijing-Universität. „Ohne SARS hätte Chinas Wachstum nach dem wahrscheinlichsten Szenario im zweiten Quartal die 10%-Marke überschritten, und das bedeutet eine Überhitzung.“

Andere Indikatoren stützen diese Sicht. Der Ausstoß großer Industriebetriebe ist von Januar bis Juni um 16,2% auf 1.836,3 Mrd. Yuan gestiegen, was die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission auf die hohe Autoproduktion und gestiegene Preise für Baumaterialien zurückführt. Insgesamt trug der sekundäre Sektor 2.880 Mrd. Yuan zur Wertschöpfung bei (plus 11,6%), der primäre Sektor 475,4 Mrd. Yuan (plus 2,7%) und der tertiäre Sektor 1.650 Mrd. Yuan (plus 4,2%).

KREDITVERGABE DER STAATSBANKEN EXPONENTIELL GESTIEGEN
„SARS hat die fundamentalen Ursa-